

Mit Plan gegen Rassismus

Im Regierungsprogramm der türkis-grünen Koalition wurde ein Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus festgeschrieben.

Welche Chancen bietet diese längst überfällige politische Absichtserklärung? Von Meike Kolck-Thudt

Insgesamt 20.000 rassistische Vorfälle wurden in der ZARA-Beratungsstelle für Betroffene und Zeug*innen von Rassismus seit ihrer Gründung im Jahr 1999 dokumentiert und bearbeitet. Diese Zahl bildet aber nur die Spitze des Eisbergs ab: So viel mehr bleibt unsichtbar und lässt sich auch nicht auf einzelne Vorfälle herunterbrechen, denn der Rassismus steckt im System. In Österreich werden täglich Menschen diskriminiert, angegriffen, herabgewürdigt, weil sie so sind, wie sie sind.

Krisen verstärken Ungleichheiten

Rund um die *#BlackLivesMatter-Demonstrationen* wurde diesen Sommer erstmals etwas mehr als die Spitze des Eisbergs sichtbar. Durch das gesteigerte öffentliche Bewusstsein und die mediale Aufmerksamkeit für das Phänomen Rassismus stieg auch die Bereitschaft, Rassismus zu melden. Vielen Menschen, die nicht direkt von Rassismus betroffen sind, wurde bewusst, dass die Tötung von George Floyd kein losgelöster, einzelner Vorfall ist, sondern systemische Ursachen hat, die dringend angegangen werden müssen, aber vor allem, dass es dazu gemeinsames Handeln braucht. Das wirkte sich auch auf die Zahl der bei ZARA gemeldeten Vorfälle aus. So gingen allein im Monat Juni rund 500 Meldungen in der Beratungsstelle ein – das

sind so viele Meldungen wie noch nie zuvor. Demonstrationen, Medienberichte und Diskussionen in unterschiedlichen Sozialen Medien haben kritische Reflexionsprozesse in Gang gebracht, die allerdings nicht von allein fortgeführt werden. Die derzeitige Empörung kann genauso schnell wieder verschwinden. Es ist daher Zeit für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit einem historisch gewachsenen und systemisch verankerten Rassismus. Dazu bedarf es einer Politik, die Verantwortung übernimmt und systematisch versucht, Rassismus innerhalb einer Gesellschaft zu erkennen und effektiv zu bekämpfen.

Ein *Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus* ist jedenfalls schon längst überfällig. Und zwar nicht nur, weil Österreich bereits 2001, so wie alle an der Weltkonferenz gegen Rassismus teilnehmenden Staaten, einen *Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus* entwickeln hätte sollen, wie im Abschlussdokument der Konferenz festgehalten. Sondern auch, weil wir aktuell vor mehreren globalen Krisen stehen, die dazu führen, dass bestehende Ungleichheiten verstärkt werden. Die Klimakrise und die aktuelle Corona-Pandemie dürfen das Phänomen Rassismus nicht von den Agenden der Politiker*innen (weltweit) verdrängen, weil diese Themen eng miteinander verknüpft sind und sich somit die Lage für

Betroffene um ein Vielfaches zuspitzt. Denn gesellschaftliche Strukturen wie das Bildungssystem, der Arbeitsmarkt oder das Gesundheitssystem reproduzieren und verstärken in der jetzigen Situation verschiedene Formen von Ungleichheit – insbesondere jene, die auf Rassismen beruhen.

Rassismus geht uns alle etwas an!

Nun hat die türkis-grüne Regierung im Regierungsbündnis einen Aktionsplan gegen Rassismus angekündigt. Ist das die Chance auf eine positive Entwicklung? Die Voraussetzung dafür wäre, dass alle Beteiligten, die nicht selbst von Rassismus betroffen sind, ein Bewusstsein für die Dynamik und die gesamtgesellschaftliche Dimension von Rassismus entwickeln bzw. sich erarbeiten. Denn aktuell wird Rassismus von der Politik noch immer tabuisiert und nicht mit allen seinen Facetten wahrgenommen. So wird er etwa oft nur in rechtsextremen Milieus verortet, was zu einer verzerrten Wahrnehmung und Darstellung führt. Auch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Ebenen des Rassismus – wie institutionellem, strukturellem Rassismus sowie Alltagsrassismus – ist bis jetzt ausgeblieben. Und auch zu antimuslimischem Rassismus oder Antiziganismus findet sich noch nichts im Regierungsprogramm.

Dafür wurden vor wenigen Tagen Pläne für einen Aktionsplan für Antisemitismus präsentiert. Eine Entwicklung, die wir sehr begrüßen – denn wir wissen, dass für sehr viele Menschen antisemitische Erfahrungen nach wie vor zum Alltag gehören. Über die konkreten Maßnahmen ist bisher allerdings noch wenig bekannt. Es ist ungewiss, was ein solcher Aktionsplan einerseits für den allgemeinen politischen und medialen Diskurs, andererseits auch



für die Pläne für einen *Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus* bedeutet. Denn aktuell wird der Diskurs nach wie vor von manchen (politischen) Akteur*innen für weitere Verallgemeinerungen und Herabwürdigungen missbraucht – etwa durch Rhetorik, die auf „importierten“ Antisemitismus verweist, und somit vor allem Muslim*innen unter Generalverdacht stellt. Dieses Framing wird zusätzlich verschärft, indem eine „Dokumentationsstelle für politischen Islam“ geschaffen wurde, während Betroffene von antimuslimischem Rassismus von der Regierung alleine gelassen werden. Ganz abgesehen davon, dass hier versucht wird, Hass mit Hass zu bekämpfen, wird durch diese Vorgehensweise die Verantwortung abgegeben. Antisemitismus geht uns alle an und darf keinesfalls nur als Problem der „Anderen“ dargestellt werden. Das ist gefährlich, weil es die Augen vor jenem Antisemitismus verschließt, der in Österreich eine lange grausame Geschichte hat und auch vor dem Rassismus, der seit Jahrhunderten tief im System verankert ist.

Alle in Österreich lebenden Menschen sollen sich willkommen, respektiert und sicher fühlen.

Ein Plan braucht Expert*innen

Spätestens hier wird deutlich, dass ein *Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus* unbedingt gemeinsam mit Expert*innen entwickelt werden muss. Nur so können wirksame gesetzliche Maßnahmen und konkrete Zielsetzungen festgelegt werden. Wichtig ist dabei auch, dass diese dann regelmäßig anhand von festgelegten Indikatoren evaluiert werden. Um die Umsetzung nachhaltig sicherzustellen, sollten außerdem gleich von Anfang an klare Verantwortungen für die Umsetzung der Maßnahmen festgelegt und ausreichend budgetäre Mittel und Ressourcen eingeplant werden.

Über die konkreten Maßnahmen ist bisher allerdings noch wenig bekannt.

An Ideen wird es jedenfalls nicht mangeln: Nachdem das Phänomen Rassismus schon so alt ist und gleichzeitig sehr wenig dagegen unternommen wurde, gibt es unendlich viele Forderungen, die noch auf Umsetzung warten. Anlässlich seines 20. Rassismus Reports hat ZARA einige seiner dringlichsten Forderungen veröffentlicht, die Teil eines umfassenden *Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus* sein sollten – hier sind sie kurz zusammengefasst.

Gleichstellung und Gleichbehandlung für alle

Jede*r muss sicher sein, dass er*sie sich überall und in allen Lebensbereichen effektiv vor Diskriminierungen schützen und gegen diese zur Wehr setzen kann. Sichergestellt ist das nur dann, wenn etwa das Gleichbehandlungsrecht österreichweit

einheitlichen Schutz für alle Diskriminierungsgründe in allen Lebensbereichen bietet und der Zugang zum Recht gestärkt wird, damit Betroffene sich zur Wehr setzen können. Letzteres bedeutet auch, dass Anlaufstellen für Betroffene – wie ZARA – in ihrer (finanziellen) Unabhängigkeit gestärkt werden, sodass sie weiterhin rechtliche Beratung und Unterstützung anbieten können.

Und schließlich geht es bei Gleichbehandlung auch darum, zu erkennen, wo diese fehlt. Daher ist es essenziell, dass die Polizei vorurteilsmotivierte Straftaten erkennt, entsprechend ermittelt und auch ahndet.

Effektiverer Rechtsschutz bei polizeilichem Fehlverhalten

Jede*r muss sicher sein, dass er*sie sich vor etwaigem polizeilichem Fehlverhalten schützen kann und ein niederschwelliger Zugang zum Recht sichergestellt ist. Dieses Ziel ist dann erreicht, wenn die Polizei Menschenrechte aller in Österreich lebenden Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religion, Sprache, Herkunft, sexuellen Orientierung, sexuellen Identität, ihres Geschlechts, Alters, und/oder einer Behinderung schützt. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass jene, die das nicht so erleben, ohne Kostenrisiko Beschwerde einreichen können und diese auch ernst genommen wird.

Qualitativ hochwertige und inklusive Bildung für alle

Jede*r, der*die am Bildungssystem beteiligt ist, muss sicher sein, dass er*sie sich effektiv vor Diskriminierungen schützen und gegen diese zur Wehr setzen kann. Dazu müssen etwa folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Der Bildungsstand der Eltern, die (angenommene) Herkunft des Kindes oder der

Eltern, eine Behinderung sowie etwaige sozio-ökonomische Umstände sind keine ausschlaggebenden Faktoren für die schulische Laufbahn eines Kindes – vorleben kann dies am besten ein diverser Lehrerkörper. Zusätzlich sollte es an jeder Schule mehrere ausgebildete Ansprechpersonen geben, die Unterstützung für Betroffene von Rassismus, anderen Diskriminierungsformen und Hass im Netz bereitstellen.

Verantwortung von Politik, Verwaltung, Internetplattformen und Medien

Alle in Österreich lebenden Menschen sollen sich willkommen, respektiert und sicher fühlen, und ihre Teilhabe an allen Lebensbereichen muss sichergestellt sein. Dazu müssen alle genannten Institutionen im öffentlichen Diskurs im Hinblick auf das Phänomen Rassismus Verantwortung übernehmen, statt etwa das Asylsystem und Fremdenwesen für rassistische Diskurse zu missbrauchen. Verantwortungsübernahme heißt auch, den eigenen Einfluss

aktiv zu nutzen, um Sensibilisierung und Empowerment zu fördern und Menschenrechte online wie offline zu gewährleisten.

Die vollständige Liste der ZARA-Forderungen, inklusive konkret formulierter Ziele und Indikatoren für die Erfolgsmessung, finden sich – gemeinsam mit langjährigen Partner*innen von ZARA – auf der ZARA-Website, zara.or.at

Diese Forderungen zeigen eine große Bandbreite an Möglichkeiten für Maßnahmen gegen Rassismus auf und sind eine wertvolle Lektüre in Vorbereitung auf die Erarbeitung eines *Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus*.

RASSISMUS STOPPEN. SOLIDARITÄT ZEIGEN.
Stärken Sie mit Ihrer Spende das ZARA-Beratungsteam

